

Protokoll

1. Sitzung der Legislatur 2011-2015

Dienstag, 10. Mai 2011, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz:	Alterspräsident Werner Keller, FDP (bis Trakt. 3.1) Präsidentin Elisabeth Tobler, SVP (ab Trakt. 3.2)
Anwesend Stadtparlament:	30 Mitglieder
Anwesend Stadtrat:	5 Mitglieder
Protokoll:	Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 1/ 1. Begrüssung und Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten
- 1/ 2. Wahl von zwei Stimmenzählenden für die Wahl des Parlamentspräsidiums und des Vizepräsidiums und Wahl von drei Stimmenzählenden (offene Wahl)
- 1/ 3. Wahlen
 - 3.1 Wahl des Präsidiums für das Amtsjahr 2011/2012 (geheime Wahl)
 - 3.2 Wahl des Vizepräsidiums für das Amtsjahr 2011/2012 (geheime Wahl)
 - 3.3 Wahl von drei Stimmenzählenden für die Legislaturperiode 2011-2015 (offene Wahl)
- 1/ 4. Mitteilungen
- 1/ 5. Wahl der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission
 - 5.1 Wahl von neun Mitgliedern für die Legislaturperiode 2011-2015 (offene Wahl)
 - 5.2 Wahl des Präsidiums (offene Wahl)
- 1/ 6. Wahl der Redaktionskommission
 - 6.1 Wahl von fünf Mitgliedern für die Legislaturperiode 2011-2015 (offene Wahl)
 - 6.2 Wahl des Präsidiums (offene Wahl)
- 1/ 7. Wahl der Einbürgerungskommission
 - 7.1 Wahl von sieben Mitgliedern für die Legislaturperiode 2011-2015 (offene Wahl)
 - 7.2 Wahl des Präsidiums (offene Wahl)
- 1/ 8. Wahl von fünf Mitgliedern der Sozialhilfebehörde für die Legislaturperiode 2011-2015
- 1/ 9. Wahl von fünf Mitgliedern der Vormundschaftsbehörde für die Legislaturperiode 2011-2015

1. 10. Wahl von fünf Mitgliedern der Rechnungsprüfungskommission für die Legislaturperiode 2011-2015
- 1/ 11. Wahl der externen Revisionsstelle 2011 und 2012
- 1/ 12. Wahl des Wahlbüros für die Legislatur 2011-2015
- 1/ 13. Fragerunde
- 1/ 14. Verschiedenes
 - Informationen aus dem Stadtrat
 - Verabschiedung der austretenden Stadträtinnen

1. Begrüssung und Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten

Alterspräsident Werner Keller, FDP: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Stadträtinnen und Stadträte, Vertreter der Medien, Besucherinnen und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren. Ich begrüsse sie alle ganz herzlich zur heutigen 1. Sitzung der 3. Legislaturperiode 2011-2015 des Arboner Stadtparlaments. Speziell begrüsse ich die Schulklasse von Markus Rast hier im Seeparksaal.

Namensaufruf

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 30 Mitglieder anwesend. Wir sind vollzählig und die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 16 Stimmen.

Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, wir beginnen heute die dritte Legislaturperiode mit dem Stadtparlament. Bevor wir mit den Traktanden beginnen, erlauben sie mir, in der Funktion als Alterspräsident einige Gedanken zur Politik in Arbon von einst und jetzt zu machen. Ich bin an einem zentralen Ort im Thurgau aufgewachsen, wo das Parlament seit über 60 Jahren fest verankert ist. Dass diese Gemeinde schon vor 50 Jahren eine Eiskunstabahn, vor 40 Jahre eine vollwertige Sporthalle mit Tribüne und vor ca. 25 Jahren ein Hallenbad erstellen konnte, war nicht nur dank der Weitsichtigkeit des Parlaments, sondern vor allem wegen den funktionierenden, überparteilichen Interessengemeinschaften zustande gekommen.

Vor 40 Jahren, im Jahr 1968, bekam ich die berufliche Chance, hier in Arbon, an der schönen Stadt am See, meine Zukunft zu planen. Im Zusammenhang mit Beruf und Sport kam ich schnell in Kontakt mit verschiedenen Politikern aus allen Lagern. Das System mit dem Ortsverwaltungsrat und dem Gemeinderat sowie den Gemeindeversammlungen konnte ich kaum verstehen. Das Verständnisproblem lag vor allem darin, dass viele Entscheide und Projekte hinter den verschlossenen Türen im Stadthaus zu Stande kamen. Es wurden durchaus sehr viele positive und nachhaltige Entscheide umgesetzt, aber wer was unterstützte, oder zu Fall gebracht hatte, diese für mich wichtigen Informationen fehlten mir. Um die Arboner Politik besser zu verstehen, hatte ich damals sogar die beiden polarisierenden Tageszeitungen, den Oberthurgauer und die AZ abonniert und gelesen. Das Miteinander unter den Parteien funktionierte damals, ich spreche immer noch von den 70-er Jahren, aus meiner Sicht überhaupt nicht. Gute Vorschläge oder Ideen, egal von links oder rechts, wurden in vielen Fällen von den Gegnern torpediert. Ich hatte damals verschiedene Gespräche mit Behördenmitgliedern und wollte diesen die Vorteile eines Parlamentes erklären. Ich bin nicht immer auf offene Ohren gestossen. Ein Gemeinderat hatte mir einmal den Vorschlag gemacht, dann müsse ich halt wieder zurück nach Weinfelden. Übrigens war dieser Wink von einem ehemaligen FDP-Gemeinderat! Ein erstes, erfreuliches Miteinander von Politik und Sport durfte ich mit der Realisierung der Sportanlage Stacherholz und dem Seeparksaal erleben.

Als dann vor 10 Jahren die Einführung des Parlamentes in Arbon ein Thema wurde, habe ich diese Idee selbstverständlich unterstützt. Heute könnte ich mir Arbon nicht mehr vorstellen ohne das Stadtparlament. Es sind nun eingespielte Mechanismen zwischen Exekutive und Legislative, die zum Zuge kommen. Auch die Brücke zu überparteilichen Aktivitäten konnte mehrmals geschlagen

werden. Die Umsetzung der nun folgenden Projekte wie z.B. die Haltestelle Seemoosriet, den Rad- und Philosophenweg, die Hafenerweiterung, die Zonenplanänderungen für AFG und Rosengarten, das Kappeli, die NLK mit über 80 Prozent Ja-Stimmen sowie der Kredit an die neue Sporthalle war, neben den sehr gut vorbereiteten Vorlagen durch den Stadtrat, auch ein Erfolg für das Arboner Parlament!

Wir haben alle den Auftrag, mit unserem Wirken das Beste für die Bevölkerung unserer Stadt zu erreichen und dies miteinander. Auch wenn das Parlament und der Stadtrat unterschiedliche Aufgaben haben, die Zielsetzung ist die gleiche. Dabei soll eine Diskussionskultur herrschen, welche geprägt sein soll durch klare Äusserungen, aufmerksames Zuhören, gegenseitigen Respekt und das Ganze auf einer sachlichen Ebene. Gefragt ist Weitblick und dies über die Stadtmauern hinaus, wie auch der Wille, miteinander etwas zu bewegen. Und es gibt in nächster Zeit wiederum vieles zu bewegen und zwar im Meter- und nicht im Millimeterbereich! Gefragt sind demzufolge vor allem auch überzeugende und klare Entscheide. Seien Sie entscheidungsfreudig. Eine klare Positionierung bringt uns weiter als eine Stimmenthaltung. Unterscheiden Sie das Wichtige von dem Unwichtigen und vergessen sie dabei nicht den gesunden Menschenverstand. Zukunfts- und zielorientiertes Handeln und Entscheiden wird uns weiterbringen.

Diese Ziele können sie, liebe Mitglieder im Plenum, in den nächsten Jahren mitbestimmen. Ich gratuliere ihnen nachträglich noch zur erfolgreichen Wahl. Ganz speziell begrüssen möchte ich diejenigen elf Ratsmitglieder, die neu in unser Parlament gewählt worden sind. Darf ich sie bitten, beim Namensaufruf kurz aufzustehen. Es sind dies:

- von der SVP Fraktion: Bachofen Werner, Belloni Hanspeter, Brühwiler Tabea, Strauss Monika und Straub Astrid.
- von der CVP Faktion: Schmid Luzi
- aus der Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso: Auer Jakob, Graf Lukas, Gubser Peter, Heller Felix und Waldesbühl Regula

Mit dem Parlament und Stadtrat zusammen freue ich mich auf eine konstruktive, respektvolle und offene Zusammenarbeit mit ihnen in dieser neuen Zusammensetzung. Packen wir es an!

Wir machen weiter mit der Traktandenliste. Mit der Einladung vom 19. April 2011 haben sie die vorliegende Traktandenliste erhalten. Ich stelle diese zur Diskussion.

2. Wahl von zwei Stimmenzählern für die Wahl des Parlamentspräsidiums, Vizepräsidiums und der Wahl von drei Stimmenzähler/Stimmenzählerinnen (offene Wahl)

Ich schlage Ihnen zwei Mitglieder aus dem Parlament vor, die für die Stadt Arbon und mit mir zusammen überparteilich schon einige wirkungsvolle Einsätze geleistet haben. Es sind dies aus den Fraktionen SP-Gewerkschaften-Juso, Inge Abegglen und aus der CVP/EVP-Fraktion Roman Buff. Sie haben es sicher verdient, auch einmal für einige Minuten hier auf dem Podest Platz zu nehmen.

Laut Reglement schlägt das Alterspräsidium die Stimmenzähler vor und es können deshalb keine weiteren Vorschläge gemacht werden. Diese Wahl wird offen durchgeführt und ich bitte nun, wer die beiden vorgeschlagenen Inge Abegglen und Roman Buff als „kurzfristige“ Stimmenzähler für die Traktanden 1-3 wählen möchte, erhebe sich vom Sitz.

./: Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso und Roman Buff, CVP/EVP sind bei eigener Enthaltung einstimmig gewählt.

Herzliche Gratulation. Ich bitte Inge Abegglen und Roman Buff für die Traktanden 1-3 hier auf dem Podest Platz zu nehmen.

3. Wahlen

3.1 Wahl des Präsidiums für das Amtsjahr 2011/2012 (geheime Wahl)

Turnusgemäss ist dieser Sitz für das 1. Jahr in der neuen Legislatur der SVP vorbehalten. Ich bitte die SVP um ihren Vorschlag.

Andrea Vonlanthen, SVP: Der SVP-Vorschlag ist der erwartete Vorschlag. Wir schlagen selbstverständlich die bisherige Vizepräsidentin Elisabeth Tobler vor. Elisabeth Tobler ist eine Frau der ersten Stunde in diesem Parlament, sie hat einen grossen Leistungsausweis, sie hat Führungsqualitäten und schon oft gezeigt, dass sie sich durchsetzen kann. Das sind doch wichtige Voraussetzungen für dieses hohe Amt. Deshalb bitte ich sie, sie ehrenvoll zur Parlamentspräsidentin zu wählen.

Die Wahl des Präsidiums wird in geheimer Wahl durchgeführt.

//: Gewählt ist mit 24 Stimmen bei 1 vereinzelter Stimme und 5 leeren Wahlzetteln, Elisabeth Tobler, SVP als Parlamentspräsidentin für die Amtszeit 2011/2012.

Ich frage Elisabeth Tobler, ob sie die Wahl annehmen will?

Elisabeth Tobler, SVP: Ich nehme die Wahl an und danke herzlich für die ehrenvolle Wahl und das damit erwiesene Vertrauen.

Alterspräsident Werner Keller: Herzliche Gratulation, Elisabeth Tobler und ich bitte dich, auf dem Präsidentenstuhl Platz zu nehmen.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Ich möchte Werner Keller herzlich danken für die Eröffnung des Parlaments, der 1. Sitzung dieser Legislatur und möchte von Herzen gerne diese Flasche Wein überreichen.

Nochmals herzlichen Dank für die ehrenvolle Wahl und das mir damit erwiesene Vertrauen.

Heute beginnt bereits die 3. Legislatur unseres Parlaments, wie Werner bereits erwähnt hat, und wir sind alle hochmotiviert, die nächsten vier Jahre in Angriff zu nehmen.

Rund 1/3 von ihnen haben nun das erste Mal das Vergnügen an der Parlamentssitzung teilzunehmen und als gewählte Mitglieder sich hier aktiv für die Belange unserer Stadt einzusetzen. Interessante Menschen mit verschiedensten Berufen, vom Lehrer bis zum Schüler, vom Arzt bis zur Pflegerin, vom Unternehmer bis zum Angestellten, vom Staatsanwalt bis zum Polizist, vom Abteilungsleiter bis zur Bäuerin und zum Rentner begegnen sich hier und repräsentieren so die Bevölkerung unserer Stadt. Ganz unterschiedliche Interessen und Hobbys ermöglichen einen wertvollen Gedankenaustausch auf zwischenmenschlicher Ebene. Uns alle aber eint das Ziel, unsere schöne Stadt Arbon vorwärts zu bringen. Jeder und jede ist bereit, unzählige Stunden seiner kostbaren Freizeit der Stadt und ihrer Entwicklung zu schenken und mit viel Hingabe zu politisieren, den andern seinen eigenen Standpunkt näher zu bringen und selber sich auf andere Meinungen einzulassen und daran zu wachsen. Ja es ist so, jeder kann auch für sich selber etwas mitnehmen, manchmal erhitzen sich die Gemüter, langfristig aber erweitert sich der eigene Horizont. Zusammen mit den individuellen Lebenserfahrungen und der Sachkenntnis ergeben sich so breit abgestützte Entscheide zum Wohl unserer Stadt.

Die Stadt Arbon bewegt und wird von uns bewegt, wir gestalten mit, korrigieren auch im Sinne der Bevölkerung, da wo der Stadtrat über das Ziel hinausschiesst.

Dabei ist insbesondere in dieser Legislatur die weibliche Sicht der Parlamentarierinnen gefragt, besteht doch der Stadtrat, in Klammer, nur aus Männern.

Die Arboner lieben jedoch die Frauen sehr und unser Parlament hat im Gegensatz zu so mancher Firma keinen Anlass, eine Frauenquote einzuführen, sind doch in unserem Parlament beinahe die

Hälfte, nämlich 12 von 30 Sitzen, von Frauen belegt. In Frauenfeld, der Hauptstadt, sind es lediglich 6 von 40, dort sind allerdings auch Frauen im Stadtrat, ein weiteres Ziel. Mit mir ist bereits in 9 Jahren die 6. Frau Parlamentspräsidentin. So hoffen wir nun, dass wir Frauen den Stadtrat etwas bewegen können.

Gerade die heute beginnende Legislatur mit den angekündigten Reglementen bietet sich an, die weibliche Sicht einzubringen, wird doch da das „Wie“ des Zusammenlebens bestimmt. Jeder und jede im Parlament sollte sich die Argumente der andern Parteien anhören und gewichten, sich ernsthaft damit auseinandersetzen, egal von welcher Partei sie kommen, aufeinander zugehen, konstruktive Lösungen suchen und offen sein für Neues und Ungewohntes. Diese Offenheit ist in der heutigen Zeit des Wandels erforderlich und bringt unsere Stadt weiter. Nicht die einzelne Person ist wichtig, sondern die Entwicklung der ganzen Stadt soll im Vordergrund stehen. Dazu ist eine Gesamtsicht aus der Vogelperspektive ein geeignetes Mittel.

Es ist wichtig zu berücksichtigen, dass Arbon eine Geschichte hat, geprägt von Menschen unterschiedlicher Herkunft, angefangen beim irischen Mönch Gallus über Industrielle und Unternehmer aus Deutschland wie z.B. Heine, Saurer usw., italienische, spanische und portugiesische Gastarbeiter, und in neuerer Zeit Personen aus dem nahen und fernen Osten sowie aus Afrika und Südamerika. Ein buntes Völkergemisch, das zusammen mit uns Schweizern sich in unserer Stadt wohlfühlen will.

Dies bedingt Regeln, Verständnis und gegenseitige Achtung. Achtung auch gegenüber der Natur, gegenüber Sachwerten, die der Allgemeinheit gehören und von allen genutzt werden können.

Das neue Baureglement, der Zonenplan, der Schutzplan, das Parkierungsreglement, das Reglement für Sicherheit und Ordnung bieten Möglichkeiten, das Zusammenleben konfliktfrei zu gestalten. Dabei sollte jedoch immer auch die Frage gestellt werden, ob es wirklich nötig ist, genaue Regeln und Gesetze mit Kostenfolge aufzustellen, oder ob nicht weiterhin auf die Eigenverantwortung der Menschen abgestellt und wie bisher unbürokratisch gehandelt werden kann.

Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, ich heisse alle Neuen herzlich in unserer Mitte willkommen und möchte ihnen zusichern, dass wir sie gerne unterstützen werden. Allen altgedienten Mitgliedern wünsche ich eine frühlingshafte Frische für die nächsten vier Jahre. Sollte diese nicht so lange reichen, nehmen sie die Vogelperspektive ein, schauen sie mal vom Schädlerturn auf unsere schöne Stadt oder machen sie mit der Arboner Karte in der Hand eine Grenzbegehung und erfreuen sie sich an den vielen kostbaren Begegnungen mit den interessanten Arboner Menschen, in unserer Stadt der weiten Horizonte.

Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, es gibt viel zu tun, packen wir es an mit Elan, Freude und wie gesagt teils auch mit weiblicher Intuition.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Wahl zur Parlamentspräsidentin. Ich danke der Parlamentssekretärin, Evelyne Jung, für die gute Vorbereitung und Unterstützung, der Verwaltung und dem Stadtrat für eine offene Zusammenarbeit während dem Jahr, der Presse für eine verantwortungsvolle Berichterstattung, und insbesondere danke ich dem Alterspräsidenten, Werner Keller, nochmals für die Eröffnung der Sitzung.

3.2 Wahl des Vizepräsidiums für das Amtsjahr 2011/2012 (geheime Wahl)

Turnusgemäss hat die Fraktion der SP-Gewerkschaften-Juso Anspruch auf diesen Sitz. Sie schlägt Fabio Telatin für das Amt des Vizepräsidiums vor.

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Zuerst möchte ich dir, Elisabeth Tobler, zur Wahl zur Parlamentspräsidentin gratulieren. Ich wünsche dir eine glückliche Hand und eine spannende Zeit.

Wir schlagen Fabio Telatin als Vizepräsident vor. Fabio Telatin ist Mitglied seit 2009 des Stadtparlaments. Seit 1992 engagiert er sich bei den Gewerkschaften und zurzeit ist er Aktuar bei der

Uniagruppe Arbon-Romanshorn und Tagespräsident der Berufskonferenz Maler und Gipser. Mit Fabio Telatin wählen sie einen ausserordentlich motivierten und engagierten Vizepräsident, der sein Amt sicher seriös und mit viel Freude ausüben wird. Ich bitte sie, Fabio Telatin zu wählen.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Es handelt sich beim Vizepräsidium gemäss Art. 57, Abs. 2 unseres Geschäftsreglements um eine geheime Wahl. Ich bitte die Stimmzählenden, die Stimmzettel auszuteilen.

./: Gewählt ist mit 28 Stimmen bei 1 vereinzelter Stimme und 1 leeren Wahlzettel, Fabio Telatin, SP-Gewerkschaften-Juso als Vizeparlamentspräsident für die Amtszeit 2011/2012.

Fabio Telatin, ich gratuliere dir herzlich zu dieser Wahl und wünsche dir viel Freude und Befriedigung in diesem Amt und freue mich auf eine angenehme Zusammenarbeit.

3.3 Wahl der drei Stimmzählenden für die Legislatur 2011-2015 (offene Wahl)

Für die Wahl der drei Stimmzählenden liegen folgende Wahlvorschläge der Fraktionen vor:

- Bass Remo, CVP/EVP bisher
- Schuhwerk Christine, FDP bisher
- Strauss Monika, SVP neu

Da gleich viele Personen vorgeschlagen wie Sitze zu vergeben sind, kann die Wahl offen erfolgen gemäss Art. 57, Abs. 2 des Geschäftsreglements. Ich schlage vor, alle drei Personen in globo zu wählen.

./: Einstimmig gewählt sind Bass Remo, CVP/EVP, Christine Schuhwerk, FDP und Strauss Monika, SVP bei eigener Stimmhaltung als Stimmzählerinnen/Stimmzähler für die Legislaturperiode 2011-2015.

Ich gratuliere meinen Kolleginnen und meinem Kollegen zur Wahl und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit und möchte sie bitten, ihre Plätze einzunehmen.

Gleichzeitig entlasse ich die zwei Tages-Stimmzähler, Inge Abegglen und Roman Buff und bedanke mich für ihre Arbeit.

4. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Mit Sonderversand per Post am 8. April 2011 haben sie erhalten:

- Botschaft Jahresbericht und Jahresrechnung 2010
- Jahresbericht und Jahresrechnung 2010

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 19. April 2011:

- Einladung zur 1. Parlamentssitzung der Legislatur 2011-2015 von heute
- Botschaft Wahl externe Revisionsstelle 2011 und 2012

Mit Versand 2 vom 26. April 2011:

- Botschaft Wahl der Mitglieder der Sozialhilfebehörde und der Vormundschaftsbehörde für die Legislaturperiode 2011-2015

- Sitzordnung

Per Mail erhalten haben sie am 9. Mai 2011:

- Liste der Wahlvorschläge der Fraktionen für die Kommissionen und Behörden
- Liste mit dem gemeinsamen Wahlvorschlag der Fraktionen für das Wahlbüro

Mitteilung des Parlamentsbüros:

An der heutigen Sitzung sind keine Vorstösse eingegangen

Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Kommissionspräsident Andrea Vonlanthen: Die Einbürgerungskommission hat an ihrer 51. Sitzung am 26. April 2011, zwei Gesuchsteller ins Arboner Bürgerrecht aufgenommen:

- Öztürk, Engin, 1995, türkischer Staatsangehöriger
- Murtezi Asmir, 1977, serbischer Staatsangehöriger

Wir mussten leider ein Gesuch eines italienischen Ehepaares zurückstellen wegen teilweise mangelnder Integration und insbesondere wegen mangelnder Deutschkenntnisse.

Wir beglückwünschen die zwei gut integrierten Gesuchsteller zur Aufnahme ins Arboner Bürgerrecht. Wir wünschen ihnen ein waches Interesse und viel Freude an der Mitgestaltung unseres Gemeinwesens und an der Entwicklung unserer Stadt.

Wie immer bildet das Gemeindebürgerrecht die Voraussetzung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten.

Eingeladen zur nächsten Sitzung der EBK, nächste Woche sind:

- Vulovic Slavoljub, 1959, serbischer Staatsangehöriger
- Vulovic Stefan, 1996, österreichischer Staatsangehöriger
- Nuraj Shaqir, 1962, kosovarischer Staatsangehöriger
- Batjari Nermina, 1993, serbische Staatsangehörige

Im Moment liegen 34 pendente Gesuche von 67 Personen vor. Behandlungsreif in der Einbürgerungskommission stehen aber nur noch 6 Gesuche von 10 Personen an. Hier liegt die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung vor. Alle anderen Gesuche befinden sich im Vorprüfungsverfahren im eidgenössischen Bewilligungsverfahren oder sind vorerst zurückgestellt. Der Pendenzenberg einst von über 100 Gesuchen ist zum Schluss der Legislaturperiode abgetragen. Im Normalfall beträgt die Frist zwischen Gesuchseingang und Gesuchsbehandlung in der EBK derzeit gut ein Jahr. Nach dem Arboner Entscheid gehen die Gesuche an die Justizkommission des grossen Rates und letztlich an den grossen Rat und das kann nochmals drei bis sechs Monate dauern. Wer das Arboner Bürgerrecht erhält, bekommt aber in aller Regel auch das Kantonsbürgerrecht.

5. Wahl der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

5.1 Wahl von neun Mitgliedern für die Legislaturperiode 2011-2015 (offene Wahl)

Präsidentin Elisabeth Tobler: Von den Fraktionen liegen folgende Wahlvorschläge vor:
Bertelmann Bernhard, Graf Lukas, Grubelnik Andreas von der SP-Gewerkschaften- Juso-Fraktion
Belloni Hanspeter, Tobler Elisabeth von der SVP-Fraktion
Keller Werner, Sutter Heer Silke von der FDP-Fraktion
Buff Roman, Hug Kaspar von der CVP/EVP-Fraktion

Auch hier schlagen wir ihnen die offene Wahl vor, da gleich viele Mitglieder vorgeschlagen, wie Sitze zu vergeben sind.

://: Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission wird mit 25 Stimmen bei teils eigener Stimmenthaltung gewählt.

- Belloni Hanspeter, SVP,
- Bertelmann Bernhard, SP-Gewerkschaften-Juso
- Buff Roman, EVP/CVP
- Graf Lukas, SP-Gewerkschaften-Juso
- Grubelnik Andreas, SP-Gewerkschaften-Juso
- Hug Kaspaar, CVP/EVP
- Keller Werner, FDP
- Sutter-Heer Silke, FDP
- Tobler Elisabeth SVP

Dies ist die Wahl der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die Legislaturperiode 2011-2015. Ich gratuliere allen Gewählten und wünsche ihnen viel Erfolg und gute Zusammenarbeit innerhalb der Kommission.

5.2 Wahl des Präsidiums (offene Wahl)

Es liegt ein Vorschlag der SP-Gewerkschaften-Juso-Fraktion für Bertelmann Bernhard vor. Die Wahl ist offen, da ein Einervorschlag vorliegt.

://: Gewählt ist einstimmig bei eigener Enthaltung Bernhard Bertelmann als Präsident der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die Legislaturperiode 2011-2015.

Bernhard Bertelmann, ich gratuliere dir zur ehrenvollen Wahl als Präsident der FGK und wünsche dir viel Befriedigung in diesem anspruchsvollen Amt.

6. Wahl der Redaktionskommission

6.1 Wahl von fünf Mitgliedern für die Legislaturperiode 2011-2015 (offene Wahl)

Es liegt auch hier ein Wahlvorschlag von den Fraktionen vor. Es sind dies:
Heller Riquet, FDP, Schmid Luzi, CVP/EVP, Tobler Elisabeth, SVP, Waldesbühl Regula, SP-Gewerkschaften-Juso, Yilmaz Ekin, SP-Gewerkschaften-Juso.

Auch hier können wir offen wählen, da gleich viele Personen vorgeschlagen, wie Sitze zu vergeben sind.

://: Die Redaktionskommission wird mit 25 Stimmen und 5 eigener Stimmenthaltung für die Legislaturperiode 2011-2015 gewählt.

- Heller Riquet, FDP
- Schmid Luzi, CVP/EVP
- Tobler Elisabeth, SVP

- Waldesbühl Regula, SP-Gewerkschaften-Juso
- Yilmaz Ekin, SP-Gewerkschaften-Juso

Ich gratuliere allen neuen Mitgliedern zu ihrer Wahl und wünsche ihnen viel Erfolg in diesem sicherlich arbeitsreichen Jahr mit den vielen Reglementen.

6.2 Wahl des Präsidiums (offene Wahl)

Vorgeschlagen ist für das Präsidium, Heller Riquet, FDP. Auch hier können wir die Wahl offen vornehmen, da nur ein Kandidat zur Verfügung steht.

://: Gewählt ist einstimmig bei eigener Enthaltung Heller Riquet als Präsident der Redaktionskommission für die Legislaturperiode 2011-2015.

Riquet Heller, ich gratuliere dir zur ehrenvollen Wahl und wünsche dir, dass du deine exakte und kompetente Arbeit wie bis anhin in einem motivierten Team mit Befriedigung und Erfolg erledigen kannst.

7. Wahl der Einbürgerungskommission

7.1 Wahl von sieben Mitgliedern für die Legislaturperiode 2011-2015 (offene Wahl)

Es liegen folgende Vorschläge der Fraktionen vor:

Vonlanthen, Andrea, SVP, Abegglen Inge, SP-Gewerkschaften-Juso, Bass Remo, CVP/EVP, Schaffert Edith, CVP/EVP, Heller Felix, SP-Gewerkschaften-Juso, Schuhwerk Christine, FDP, Straub Astrid, SVP und Yilmaz Ekin, SP-Gewerkschaften-Juso.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich hätte eigentlich auch gern bei diesem Traktandum eine offene Wahl vornehmen wollen, denn die Vorgaben, wie die Kommissionen bestimmt werden, die sind eigentlich ganz klar. Ich zitiere den 4. Abs. des Art. 20 aus dem Geschäftsreglement für das Arboner Stadtparlament. Da heisst es: „Die Fraktionen sind bei der Wahl des Parlamentspräsidiums und der Kommissionen angemessen zu berücksichtigen.“ Angemessen, messen heisst messen, heisst berechnen. Es gibt eine klare Berechnungsart, wie die Kommissionsverteilung zwischen den Fraktionen zu erfolgen hat, ich betone, zwischen den Fraktionen. Hier im Parlament, in jedem Parlament, spricht man nicht von Parteien sondern man schliesst sich zu Fraktionen zusammen und die Sitze werden unter den Fraktionen verteilt. Nach dieser Aufteilung ist es klar, dass die Fraktion von SP-Gewerkschaften-Juso Anspruch auf drei Sitze hat. Ich bedaure es, dass das von anderer Seite nicht so akzeptiert wird. Ich denke, das Wahlvolk hat gesprochen, wir kennen die Wahlergebnisse. Entsprechend den Wahlergebnissen sind die Fraktionen jetzt zusammengesetzt und es gilt, diesen Wählerwillen zu respektieren. Ich bitte sie eindringlich, diesen Wählerwillen zu respektieren.

Dann kommt noch ein zweiter Aspekt dazu. Es hat ja auch Gespräche gegeben unter den Fraktionspräsidenten zu dieser Besetzung, dabei wurden wir und der SP-Gewerkschaften-Juso kritisiert, mit Felix Heller einen zu jungen Kandidaten vorzuschlagen. Sehr geehrte Damen und Herren, wenn sie wissen, wie viel Zuspruch Felix Heller erhalten hat, weil er als 18-Jähriger sich als Kandidat zur Verfügung gestellt hat und jetzt auch gewählt wurde, dann ist es für mich schleierhaft, wie man jetzt sagen kann, er sei zu jung, er habe zu wenig Erfahrung für diese Kommission. Wollen sie denn die absolute Mehrheit der über 60-Jährigen in dieser Kommission? Das kann doch beileibe nicht ihr Ernst sein. Ich finde, wir anerkennen ihre Vorschläge für die einzelnen Kommissionen und ich bitte sie, auch Gegenrecht zu halten und unsere Vorschläge zu akzeptieren.

Riquet Heller, FDP: Ich spreche zu ihnen als FDP-Fraktionssprecher und gliedere mein Votum in drei Teile. Zuerst mache ich ein rechtliches Exposé, votiere dann politisch, wie mein Vorredner und am Schluss gebe ich ihnen noch Empfehlungen fürs Wahlvorgehen ab.

Mein rechtliches Exposé zur Sache: Wo finden sie Normen zur Bestellung von Kommission unseres Parlaments, speziell betreffend die Einbürgerungskommission?

Es ist dies Art. 48 Abs. 1 Ziff. 1 des Gemeindeorganisationsreglements. Dieser Artikel bringt uns nicht weiter, weil dort einfach festgehalten wird, dass wir eine 7er-Kommission aus Stadtparlamentsmitgliedern für Einbürgerungen zu wählen haben. Wir streiten uns nicht darüber, wer diese 7er-Kommission wählen, sondern wie sie sich zusammensetzen soll. Wo findet man darüber Normen?

Art. 11 unseres Geschäftsreglements besagt nicht viel mehr als Art. 48 der Gemeindeorganisation, nämlich dass die Kommission für die Dauer der Legislaturperiode fest gewählt wird und wir aus den 7 Kommissionsmitgliedern den Präsidenten zu bestimmen haben. Auch im Abschnitt „Gemeinsame Bestimmungen“ für Kommissionen, nämlich Art. 15 ff. Geschäftsreglement finden sie nichts, das uns betreffend die Zusammensetzung der Kommission weiterhelfen würde.

Wo findet sich etwas? Mein Vorredner, Kollege Peter Gubser hat das bereits erwähnt. In Art. 20 Abs. 4 des Geschäftsreglements, einer Bestimmung zu den Fraktionen. Dort heisst es: „Die Fraktionen sind bei der Wahl des Parlamentspräsidiums und der Kommissionen angemessen zu berücksichtigen.“

Was heisst angemessen und was ist eine Fraktion?

Gemäss Art. 20 des Geschäftsreglements ist eine Fraktion eine Gemeinschaft von drei oder mehr Parlamentsmitgliedern, wobei jedes Parlamentsmitglied nur einer Fraktion angehören darf. Diese Fraktion hat sich beim Parlamentspräsidium zu melden. Das ist alles, was rechtlich verbindlich geregelt ist. Darüber, wie man sich zusammenschliessen soll, etwa, wie wir es tun, nämlich gemäss der Liste, via welche wir gewählt worden sind, und wie lange eine Fraktion zu dauern hat, nämlich für eine Amtsdauer, zu alle dem ist im Geschäftsreglement nichts vorgeschrieben. Sie sehen, schon der Begriff „Fraktion“ ist sehr schwammig, was ist eine Fraktion? Bei der Zusammensetzung der Fraktionen haben wir keine Probleme. Wir wissen alle „automatisch“ und „von Natur aus“, zu welcher Fraktion wir gehören und brauchen dazu keine rechtliche Regelung.

Aber was heisst nun „angemessene Berücksichtigung“ der Fraktionen in den Kommissionen? „Angemessen“ ist ein unbestimmter Begriff, der interpretiert werden muss und Ermessen zulässt, das juristisch, im Gegensatz zur Meinung meines Vorredners, nicht bestimmt ist. Hier kommt Gutdünken, Politik ins Spiel. Das Recht gibt keine engen Leitplanken mehr. Es zeigt nicht mehr automatisch die einzig richtige Lösung auf. Wäre es so, dass direkt das Gesetz über Stimm- und Wahlrecht des Kantons zur Anwendung käme, hätten wir das im Reglement erwähnt, dort steht aber angemessen.

Doch auch hier lässt uns das Recht nicht völlig im Stich. Bei der Ermessensausübung darf man nicht willkürlich sein, sondern muss vernünftige, nachvollziehbare Gründe für seinen Entscheid haben. Vernünftige, nachvollziehbare Gründe gibt es aber mehrere, je nach Standpunkt. Man schielt darum auf andere Bestimmungen, die ähnliche Situationen bereits regeln, worauf man gleich, nämlich analog entscheidet. Juristen sind wenig kreativ, sie schreiben lieber irgendwo ab, wo es bereits geregelt worden ist.

Wo hat es Bestimmungen, die analog für das Besetzen von Kommissionen herangezogen werden können? Bereits in Art. 14 Abs. 4 letzter Satz des Geschäftsreglements werden sie fündig. In einer PUK, dem Paradebeispiel einer 7er-Kommission, soll jede Fraktion nach Möglichkeit vertreten sein. Bringt uns nicht weiter. Alle Fraktionen sind in der Einbürgerungskommission zumindest mit einem Mitglied unbestrittenemassen vertreten.

Wie haben wir bis anhin Kommissionen bestellt? In Analogie zu den Bestimmungen, wie das Parlament durch das Volk gewählt worden ist. Also durch Analogie zum kantonalen Gesetz über das Stimm- und Wahlrecht. Dort finden sie in § 43 eine Regelung, welche die proportionale Aufteilung von Stimmen auf Sitze regelt. Haben wir getan und werden wir auch bei der Einbürgerungskommission weiterhin tun: Ergibt 2 Sitze für die SP, 2 Sitze für die SVP und je einen Sitz für die EVP/CVP-

Fraktion und für die FDP-Fraktion. Wir streiten uns also nur noch um den siebten Sitz, wo der Proporz im ersten Anlauf versagt. Es bleibt ein Restmandat übrig, das man nicht spalten kann, sondern einer Fraktion „ungerechterweise“, nämlich in Abweichung zum vollkommenen Proporz, zusprechen muss. Sie sehen, das Recht begleitet uns auf dem Weg zur „Angemessenheit“ per Analogie mit dem Gesetz über das Stimm- und Wahlrecht sehr weit. Es geht nur um einen „Winkel“ der Gerechtigkeit, nämlich um ein Restmandat. Und selbst dort lässt uns das Gesetz über das Stimm- und Wahlrecht nicht im Stich. In den §§ 44 und 45 regelt es, wie Restmandate in einer zweiten Sitzverteilung zuzuteilen sind. Ohne Berücksichtigung einer „Listen-Verbindung“ zwischen der Fraktion der EVP/CVP und der Fraktion der FDP, fällt dieses Restmandat als dritter Kommissionssitz an die SP, in analoger Berücksichtigung des ganzen Gesetzes über das Stimm- und Wahlrecht, d.h. in Berücksichtigung, dass sich die EVP/CVP Fraktion und die FDP-Fraktion einig sind, dass sie ihr Stimmpotential gemeinsam geltend machen wollen, ist klar, dass die EVP/CVP-Fraktion einen zweiten Kommissionssitz erringt und das Restmandat nicht als dritter Sitz an die SP geht.

Selbstverständlich kann man nun trefflich darüber streiten, ob man das ganze oder nur Teile des Gesetzes über das Stimm- und Wahlrecht zur Anwendung bringen soll oder nicht. Für beide Lösungen gibt es Gründe, die man als vernünftig gelten lassen muss. Also darf und muss betreffend die Zuteilung dieses Restmandates Ermessen ausgeübt werden; d.h. es darf politisch entschieden werden, wem das Restmandat zufallen soll, nämlich in analoger Anwendung des ganzen oder nur von Teilen des Gesetzes über das Stimm- und Wahlrecht. Dies ist meines Erachtens rechtlich offen und es dürfte sich meines Erachtens nur sehr schwer ein Richter finden, der das eine oder andere Vorgehen als falsch, als unangemessen im Sinne von Art. 20 Abs. 4 unseres Geschäftsreglements kassieren wird. Beides ist vertretbar und zu akzeptieren und auch nicht dermassen krass ungerecht, weil es ja nur noch um ein Restmandat geht. Puckelheim lässt grüssen.

2. Im nachfolgenden argumentiere ich nicht mehr rechtlich und wertneutral, sondern politisch.

In Ordnung geht, dass man sich auf das Gesetz über das Stimm- und Wahlrecht beruft. Dies entspricht der Übung und es soll weiterhin per Analogie Anwendung finden. Bedenklich ist aber, dass man nur gewisse Teile dieses Gesetzes per Analogie heranzieht. Bestimmungen dieses Gesetzes, etwa diejenigen über die Listenverbindung, die per Analogie auch für Fraktionen angewendet werden könnten, die zu Wahlen anzutreten haben, sollen dagegen ausgeschlossen werden. Man trifft also eine Auswahl von Bestimmungen aus einem Gesetz, die man per Analogie anwendet, und verneint die Anwendung per Analogie bei andern Bestimmungen desselben Gesetzes, dies grundlos. Der Verdacht liegt nahe, dass die Auswahl der Bestimmungen, die per Analogie angewandt werden und welche nicht, dazu dient, um seine Interessen durchzuboxen und ein Restmandat für sich zu sichern. Zusammengefasst, wenn schon Gesetzesanalogie, dann für alle Bestimmungen eines Gesetzes, ohne Rosinenpickerei.

Weiteres Argument, dass das Restmandat der 7er-Kommission an die EVP/CVP fallen soll: Wir alle wollen Demokraten sein. Das Prinzip: „One man, one vote“ soll möglichst ohne von Juristen verfälscht zu werden, zum Durchbruch kommen, wie Peter Gubser bereits gesagt hat, rechnen wir kalt. Die SP hat hier in unserm Parlament 10 Sitze. Die EVP-CVP und die FDP zusammen 12 Sitze. 10 : 12. Es kann darum nur schon bei einer Überschlagsrechnung nicht sein, dass die SP in einer Kommission, welche die Fraktionsstärke angemessen berücksichtigen soll, 3 Sitze hat, dieweilen die EVP/CVP zusammen mit der FDP nur 2 Sitze haben soll. Eher sollte es doch so sein, dass die EVP/CVP zusammen mit der FDP mehr Sitze in einer 7er-Kommission hat als die SP oder dann zumindest gleichviel wie die SP.

Wenn wir nicht auf die Mitgliederzahl hier in unserm Parlament, sondern radikal auf die Stimmen der Bevölkerung abstellen wollen, die zur Zusammensetzung unseres Parlamentes geführt haben, kommen wir zu folgenden Zahlen:

Liste 1: EVP	4'382 Stimmen
Liste 2: SP	21'859 Stimmen
Liste 3: CVP	10'020 Stimmen

Liste 4: SVP	16'954 Stimmen
Liste 5: FDP	<u>13'934 Stimmen</u>
Total	67'149 Stimmen

Daraus ergeben sich folgende Proporzahlen:

Liste 1: EVP	4'382 Stimmen	= 6.5 %
Liste 2: SP	21'859 Stimmen	= 32.6 %
Liste 3: CVP	10'020 Stimmen	= 14.9 %
Liste 4: SVP	16'954 Stimmen	= 25,2 %
Liste 5: FDP	<u>13'934 Stimmen</u>	= <u>20.8 %</u>
Total	67'149 Stimmen	= 100 %

EVP/CVP zusammen	(6.5% + 14.9%) = 21.4 %
und EVP/CVP plus FDP zusammen	(6,5% + 14.9% + 20,8%) = 42,2 %

Es leuchtet nun überhaupt nicht ein, weshalb eine Partei, die lediglich 32.6% Stimmen gemacht hat, in einer 7er-Kommission 3 Sitze haben soll, dafür drei Parteien, die zusammen 42,2% Stimmen gemacht haben, das heisst fast 10% mehr, in einer 7er-Kommisison zusammen betrachtet nur 2, das heisst gar einen Sitz weniger haben sollen. Ich meine, es sollte umgekehrt sein. Wer 32% Stimmen gemacht hat, soll 2 Sitze haben und wer zusammen 42% Stimmen gemacht hat, der soll zusammen 3 und nicht 2 Sitze haben. Alles andere widerspricht dem mutmasslichen Willen, den wir Parlamentarier für unsere Wähler zum Ausdruck zu bringen haben. Dies, indem die Parlamentarier der EVP/CVP und der FDP-Fraktion zusammenstehen und ihre gemeinsamen Interessen in 7er-Kommissionen zum Durchbruch verhelfen. Diesmal profitiert von diesem Zusammenstehen die EVP/CVP-Fraktion, die damit je weiterhin ein Mitglied in die Einbürgerungskommission delegieren kann. Bei einer kommenden 7er-Kommission wird voraussichtlich die FDP Gegenrecht einfordern, ob sie es erhält, ist ungewiss.

Die SP soll nicht bemerken, das sei krass ungerecht. Krass ist es mit Sicherheit nicht, weil es „nur“ um ein Restmandat in 7er-Kommissionen geht. Zudem bedarf der Pakt, die „Listen-Verbindung“ der EVP/CVP-Fraktion und der FDP-Fraktion, auch der zumindest stillschweigenden Zustimmung durch die SVP-Fraktion. Stimmt die SVP entsprechend der Wahlempfehlung der SP-Fraktion, haben diese beiden Pool-Parteien eh die absolute Mehrheit hier im Parlament und die Mitte-Parteien haben betreffend das Restmandat nichts mehr zu bestellen. Zu Deutsch: Der Entscheid, wie er von der EVP/CVP-Fraktion und FDP-Fraktion angestrebt wird, muss auch im Parlament breit abgestützt sein, nämlich EVP/CVP und FDP sowie SVP vereint gegen die SP.

3. Wie ist vorzugehen, wenn Sie meinem Votum folgen wollen?

Ich erwarte zuerst Voten in diesem Saal. Der Vertreter der EVP/CVP-Fraktion zum von meiner FDP-Fraktion vorgeschlagenen Vorgehen und eine Erklärung, des Vertreters der SVP-Fraktion, dass diese Fraktion mit dem Vorgehen der beiden anderen Fraktionen einverstanden ist. Darauf werden wir noch wohl Gegenargumente von SP-Vertreter hören. Nach diesem Ausmachen wird zur Wahl geschritten werden. Klar ist, dass gemäss Art. 57 Abs. 1 Geschäftsreglement zwingend geheim abzustimmen ist, weil die Ausnahmebestimmung von Abs. 2 dieses Art. 57 nicht greift.

Im ersten Wahlgang empfehle ich ihnen, die Kandidaten der SVP, EVP, CVP und FDP auf ihren Stimmzettel zu schreiben und zwei Linien leer zu lassen. Darauf werden voraussichtlich diese 5 Kandidaten das absolute Mehr erreichen und gewählt sein. Im zweiten Wahlgang sind darauf noch die beiden Sitze zu wählen, die unbestrittenermassen der SP-Fraktion zustehen. Ich votiere jetzt schon, diese im zweiten Wahlgang zu bestätigen. Ich nehme an, die SP Fraktion wird uns nicht den Gefallen machen, auch im zweiten Wahlgang für zwei Sitze mehr als zwei Kandidaten zur Wahl zu empfehlen, worauf die 7er-Kommission bestellt ist.

Roland Schöni, SVP: Ich spreche hier im Namen der SVP-Fraktion. Grundsätzlich stimmen wir dem Wahlprozedere, das von Riquet Heller vorgeschlagen wurde, zu. Eine Einbürgerungskommission steht im speziellen Blickfeld der Öffentlichkeit, deshalb muss sie politisch möglichst breit abgestützt sein. Alle Parteien sollen hier zum Zug kommen, auch eine kleine Partei wie die EVP. Eine Einbürgerungskommission braucht in erster Linie starke Persönlichkeiten mit grosser Lebenserfahrung und vertieften Menschenkenntnissen und nicht zuerst Parteivertreter. Zu fragen ist in erster Linie, was der anspruchsvollen Arbeit dient und nicht was der Partei dient. Die EVP delegiert mit Edith Schaffert, seit Beginn der Einbürgerungskommission, eine verlässliche und reife Persönlichkeit. Ihr Verbleiben dient der Kontinuität der Kommissionsarbeit. Deshalb sind wir gegen den Anspruch von drei Sitzen der SP. Dies hindert aber die SP nicht, auch ihren jüngsten Spross in dieser Kommission Einsitz zu nehmen.

Roman Buff, EVP: Ich kann es kurz machen. Wir stehen auch zu diesem Vorschlag von Riquet Heller.

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich weiss jetzt gar nicht, wo ich beginnen soll, nach der langen Rede von Riquet Heller. Was mir aufgefallen ist, dass nach Gerechtigkeit gerufen wird. Wir könnten uns jetzt auch darauf berufen und sagen, wir müssen den Stadtrat umkrempeln, das ist nicht gerecht, dass die CVP mit zwei Sitzen dort vertreten ist, das entspricht nicht dem Wählerwillen oder der Prozentzahl usw. Dann die Solidarität, da ist mir auch noch aufgefallen, dann sind wir schon bei der SP mit Gerechtigkeit und Solidarität. Beginnen wir von vorne.

Es trifft sich gut, dass wir eine Schulklasse hier haben, offenbar hätte unser Parlament eine Lektion in Sachen Staatsbürgerkunde nötig. Es erstaunt mich, dass nicht ganz klar ist, was eine Fraktion ist, darauf komme ich aber später zurück.

Im Parlament besteht Unsicherheit, wie die Sitze in den Kommissionen verteilt werden sollen. Aus meiner Sicht eine einfache Rechenaufgabe, so hat es uns auch der Kanton vorgerechnet und sie haben die Unterlagen bekommen. Um aber ganz sicher zu gehen, habe ich mir die Mühe genommen, bei 23 Kantonsparlamenten nachzufragen. Bei den Französischen habe ich mich ein wenig zurückgehalten, das war ein bisschen zu kompliziert. Ich habe von 23 Kantonsparlamenten 22 Resultate bekommen. Das Ergebnis ist erschlagend. Es geht darum, wie die Sitzverteilung dort erfolgt. Ich kann es auch noch aufzählen, es sind:

Zürich, Bern,, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Land, Schaffhausen, Appenzell-Ausserrhoden, Appenzell-Innerrhoden habe ich nicht herausgefunden, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Wallis, Genf und Jura.

Das Resultat: Alle Kantone teilen die Sitze nach Fraktionen, so wie es bei uns steht. Aus meiner Sicht ist auch klar, was eine Fraktion ist. Neben diesem Kriterium kennt einzig das Wallis noch die Berücksichtigung der Sprachregionen. Ansonsten gibt es keine Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Parteien oder anderen Kriterien. In grossen Parlamenten kann es vorkommen, dass kleine Fraktionen keinen Sitz bekommen. Dann wird eine Sonderregelung erwähnt (z.B. Beobachterstatus). Dies ist aber für Arbon nicht relevant, da alle Fraktionen in den Kommissionen vertreten sind.

Die Sitzverteilung richtet sich in allen Kantonen nach der Stärke der Fraktionen. Das heisst, die Sitzverteilung erfolgt proportional (=im Verhältnis) zur Grösse der Fraktionen. Wie das berechnet wird, wissen wir auch, das ist im Nationalratsproporz. Es gäbe auch noch den reinen Proporz, der wurde hier nicht erwähnt und da käme auch die EVP/CVP nicht zum Zug.

Üblicherweise wird dann der Verteilschlüssel aufgrund von vorhergehenden Punkten am Anfang der Legislatur durch das Büro oder die Fraktionspräsidien festgelegt. Es ist das Vorgehen in allen Parlamenten in der Schweiz, mit Ausnahmen, in denen ich nicht gefragt habe.

Fazit: Die Frage ist ja, wie unser Parlamentsreglement zu interpretieren ist, wenn dort im Art. 20 eine angemessene Vertretung verlangt wird, so wie es Riquet Heller versucht hat zu erklären. Mit Blick auf

die Regelung anderer Parlamente kann angemessene Vertretung nur heissen, (das steht auch in den meisten Exzplitt so geschrieben) dass die Verteilung proportional zur Fraktionsstärke erfolgt. So geschieht es in sämtlichen Parlamenten der Schweiz und es gibt aus meiner Sicht keinen Grund, warum es in Arbon anders sein soll, nur weil jetzt einmal die SP davon profitiert.

Ein Anspruch der EVP/CVP auf zwei Sitze besteht demnach nicht, das kann man nachrechnen, genauso wenig, wie wir einen Anspruch auf einen Stadtrat haben. Das muss man einfach anerkennen. Jedoch könnten sich die CVP/EVP und FDP zu einer Fraktion zusammenschliessen. Das müssten sie dann aber auch tun. Wenn sie sich zu einer Fraktion zusammenschliessen, dann sind sie in der nächsten Legislatur, in den nächsten vier Jahren eine Fraktion und haben ein Fraktionspräsidium. Möglich wäre auch die Grösse der Kommission zu ändern, um zu einer „gerechten“ Verteilung zu kommen. Dazu müsste aber auch für die ständige Kommission das Geschäftsreglement geändert werden.

Ich komme zum Schluss: Wenn sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, CVP und EVP je einen Sitz zugestehen, widersprechen sie unserem Reglement und auch den Gepflogenheiten, wie es überall in der Schweiz üblich ist. Es gibt keine Berücksichtigung der Parteien. Die Verteilung der 7er Kommission, soll so besetzt werden, wie es uns vom Kanton ausgerechnet worden ist. Ich möchte hier auch nochmals betonen, lieber Riquet Heller, die FDP beruft sich immer wieder auf den Kanton, wenn es Sachen gibt, die zu interpretieren sind.

So ist die Verteilung ganz klar: 1 Sitz für die CVP/EVP, 1 Sitz für die FDP, 2 Sitze für die SVP und 3 Sitze für die SP. Es tut mir leid, es ist einfach so. Damit setzen wir auf die Sitzverteilung, wie sie auch im grossen Rat üblich ist und auch die Verteilung in der letzten Legislatur hat dieser Berechnung Stand gehalten.

Ich fordere sie daher auf, sich nach unserem Reglement zu richten und nicht willkürlich Regeln zu suchen, einzuführen oder nach irgendwelchen Gerechtigkeiten zu rufen, die es halt bei den Berechnungen in der Politik nicht immer so gibt. Wir verzichten auf unseren Stadtratssitz schweren Herzens, wir haben dafür drei Sitze in der 7er Kommission.

Riquet Heller, FDP: Wenn es niemand tut, dann mache ich es halt. Was jetzt staatsbürgerlich von jenem Pult gesagt wurde, ist teils mit krassen Fehlern versetzt.

1. Es nun mal so, dass der Stadtrat im Majorzsystem gewählt wird. Das ist ein ganz anderes Wahlsystem und es werden dort nur Persönlichkeiten gewählt. Die sind parteiunabhängig. Es tut mir leid, dass der Stadtrat nicht nach den Wünschen der SP-Vertretung ausgefallen ist. Dann kann man aber nicht Rückschlüsse machen und in einer völlig anderen Sportart, nämlich im Proporzsystem . kompensieren.

2. Was über die Fraktionen gesagt wurde, erstaunt mich doch sehr. Wie illiberal und beengend die Definition der Fraktion von Kollege Bertelmann ausgefallen ist. Woher nimmst du das Recht, dass eine Fraktion eine Amtsdauer sein muss? Das steht nirgends. Wir können uns von Sitzungen zu Sitzungen zu neuen Fraktionen zusammenschliessen. Es steht auch nirgends, dass nach den Listen Fraktionen gebildet werden müssen. Man könnte Männer und Frauen, nach Alt und Jung Fraktionen bilden. Alles ist frei. Es ist Zufall, dass wir so instinktgemäss immer Fraktionen zusammen sitzen. Wahrscheinlich schon inspiriert von den Wahlen. Weil wir dann gemeinsam auf einer Liste waren. Das ist auch gut so, ist aber rechtlich nirgends geregelt.

Wir berufen uns auch auf den Kanton. Der Kanton hat eine gewisse Leitlinienfunktion und es soll auch eine gewisse Vereinheitlichung zwischen Gemeinden und der ganzen Schweiz stattfinden. Wir berufen uns betreffend die Interpretation der angemessenen Vertretung auf ein kantonales Gesetz. Das Gesetz über das Stimm- und Wahlrecht, aber auf das ganze und nicht nur Teile davon. Ich mache darauf aufmerksam, dass speziell Minderheiten vom Institut der Listenverbindungen profitieren und diese Listenverbindungen, die möchten wir sinngemäss bei der Interpretation der angemessenen Vertretung der einzelnen Fraktionen in der EBK angewandt wissen, nämlich per Analogie.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Das sind schon merkwürdige Pirouetten, die du da als Jurist schlägst. Überall gelten die gleichen Regeln, im Kanton, beim Grossen Rat, im Gemeindeparlament, von Weinfelden, in Kreuzlingen und in Frauenfeld. Du willst allen Ernstes behaupten, das sei so nicht in Ordnung, sondern Arbon als Nabel der Welt müsste jetzt eine neue Ordnung ausführen. Das geht doch nicht. Wir sind in einem Rechtsstaat. Wir haben rechtsstaatliche Leitplanken und wir müssen uns nach diesen rechtsstaatlichen Leitplanken ausrichten. Das ist die Qualität unserer Demokratie und ich bin von Natur aus wirklich Demokrat und das habe ich von dir bis jetzt auch immer gemeint. Es geht doch nicht an, dass bereits an der ersten Sitzung irgendwelche Machenschaften gemacht werden, um diejenigen, die bei den letzten Wahlen gewonnen haben, unter den Tisch zu hauen. Bitte schön, anerkennen sie doch bitte das Wahlresultat und beissen sie in den sauren Apfel. Wir müssen auch ab und zu hartes Brot essen. Machen sie jetzt einen Sprung über den Schatten und anerkennen sie die Tatsachen, so wie sie sind.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Da mehr als 7 Mitglieder für diese Kommission vorgeschlagen sind erfolgt die Wahl geheim, gemäss Geschäftsreglement.

Ausgeteilte Wahlzettel 30, Eingegangene Wahlzettel 30, absolutes Mehr 16 Stimmen.

://: Gewählt sind:

• <u>Bass Remo, CVP</u>	<u>21 Stimmen</u>
• <u>Schaffert Edith, EVP</u>	<u>28 Stimmen</u>
• <u>Schuhwerk Christine, FDP</u>	<u>28 Stimmen</u>
• <u>Straub Astrid, SVP</u>	<u>26 Stimmen</u>
• <u>Vonlanthen Andrea, SVP</u>	<u>26 Stimmen</u>

Nicht gewählt sind:

• Abegglen, Inge, SP-Gewerkschaften-Juso	10 Stimmen
• Heller, Felix, SP-Gewerkschaften-Juso	11 Stimmen
• Yilmaz Ekin, SP-Gewerkschaften-Juso	9 Stimmen

Wir schreiten dann zum 2. Wahlgang. Im 2. Wahlgang entscheidet gemäss Geschäftsreglement Art. 56 Abs. 2 das relative Mehr.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich stelle einen Ordnungsantrag.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Das kann man nicht während der Wahl.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich stelle den Ordnungsantrag, die Sitzung für 10 Minuten zu unterbrechen, damit wir uns zur Beratung zurückziehen können.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Es erfolgt zuerst der 2. Wahlgang, nachher kann eine Unterbrechung gemacht werden.

Riquet Heller, FDP: Ich bitte um zweierlei. Erstens, Mitteilung, wer sonst noch Stimmen erhalten hat und Zweitens, bitte ich um Fairness. Wenn jetzt die SP ein Time out verlangt hat, gewähren wir ihr das. Wir alle sind jetzt lange gesessen. Man möchte sich bewegen, die WC-Anlagen aufsuchen. Es ist durchaus angemessen, dass sich die SP-Fraktion nochmals beraten und beschliessen kann, was sie tun soll. Ich bitte sie darum, Frau Präsidentin, auf ihren Entscheid zurückzukommen und eine Unterbrechung der Sitzung zu gestatten.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Riquet Heller, sie dürfen dieses Recht in Anspruch nehmen, gemäss Parlamentssekretärin, weil sie bereits im Parlament (Legislatur 2007-2011) vorher waren.

Riquet Heller, FDP stellt den Antrag, somit unterbrechen wir die Sitzung um 10 Minuten und wir fahren mit der Sitzung um 21.00 Uhr fort.

Pause

Präsidentin Elisabeth Tobler: Der Ordnungsantrag von Peter Gubser hat Unsicherheit hervorgerufen und ich habe mich nochmals bei der Parlamentssekretärin erkundigt. Sie hat das vorgängig mit der Juristin abgeklärt. Riquet Heller oder ein anderes bereits gewähltes Parlamentsmitglied der Legislaturperiode 2007-2011 kann einen Ordnungsantrag stellen. Riquet Heller war in der letzten Legislaturperiode schon Parlamentsmitglied und deshalb kann er das. Peter Gubser, als neues Mitglied, ist ab dem 1. Juni 2011 gewähltes Mitglied des Parlaments. Das Parlament mit allen neuen Mitgliedern ist jetzt zusammengetreten um die Kommissionen zu bestellen, gemäss der Juristin der Stadt. Es könnte ein anderes Mitglied, zum Beispiel Bernhard Bertelmann, der in der letzten Legislaturperiode (2007-2011) schon war, diesen Antrag gestellt haben.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Wir haben uns beraten und wir empfehlen ihnen Ekin Yilmaz und Felix Heller in die EBK zu wählen.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Besten Dank für diesen Vorschlag. Wir schreiten dann zum 2. Wahlgang. Man kann offen wählen, wenn nur noch zwei Mitglieder gewählt werden sollen.

://: Gewählt sind mit 28 Stimmen bei eigener Enthaltung in die Einbürgerungskommission für die Legislaturperiode 2011-2015, Heller Felix und Yilmaz Ekin, beide SP-Gewerkschaften-Juso.

Ich gratuliere allen gewählten Mitgliedern der Einbürgerungskommission zu ihrer Wahl und ich möchte ihnen nahelegen, dass sie einen guten Job für die Stadt machen. Besten Dank.

7.2 Wahl des Präsidiums (offene Wahl)

Von der Fraktion der SVP ist der Vorschlag für Andrea Vonlanthen eingegangen.

Auch hier kann gemäss Geschäftsreglement die Wahl offen erfolgen, da nur eine Person vorgeschlagen ist.

://: Gewählt ist mit 26 zu 2 Stimmen und 2 Enthaltungen Andrea Vonlanthen, SVP als Präsident der Einbürgerungskommission für die Legislaturperiode 2011-2015.

Ich gratuliere dir, Andrea Vonlanthen, und wünsche dir viel Erfolg und Befriedigung für dieses anspruchsvolle Amt.

8. Wahl von fünf Mitgliedern der Sozialhilfebehörde für die Legislaturperiode 2011-2015

Sie haben dazu vom Stadtrat eine Botschaft erhalten mit der von ihm ernannten Delegation. Es sind dies als Präsident Stadtrat Züllig Hans Ulrich, FDP und als Vizepräsident Brühwiler Konrad, SVP sowie mit beratender Stimmt Civic Adela, Leiterin Sozialamt.

Bei dieser Behörde handelt es sich um ein Gremium mit fünf Sitzen. Da die Stadträte von Amtes wegen in dieser Behörde sind, muss das Parlament das Präsidium und das Vizepräsidium und drei zusätzliche Personen als Mitglieder wählen.

Da mehr Mitglieder zur Wahl stehen als Sitze zu vergeben sind, müssen die Mitglieder geheim gewählt werden.

Die Mitglieder, die gewählt werden müssen gemäss Vorschlag für die Sozialhilfebehörde:

- Auer Jakob, SP-Gewerkschaften-Juso
- Bachofen Werner, SVP
- Telatin Fabio, SP-Gewerkschaften-Juso
- Wenk Rosmarie CVP/EVP

Roman Buff, CVP/EVP: Wie sie bemerkt haben, haben wir die Kandidatur Remo Bass dieser Behörde zurückgezogen und empfehlen ihnen Rosmarie Wenk zu wählen, weil sie in dieser Behörde die einzige der CVP/EVP-Fraktion ist. Dafür stellen wir keinen Kandidatin oder Kandidaten bei der Vormundschaftsbehörde bei der nächsten Wahl.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich schlage ihnen im Namen der SVP-Fraktion für die zurückgetretene Margrit Bollhalder Schedler, Werner Bachofen vor. Es handelt sich in dieser Kommission um eine enorm anspruchsvolle und aufwändige Aufgabe und wir sind der Überzeugung, dass hier Persönlichkeiten und erst in zweiter Linie Parteivertreter gefragt sind. So war das auch bis jetzt der Fall. Wir meinen, Werner Bachofen hätte beste Voraussetzungen für diese Kommissionsarbeit. Als ehemaliger Polizist bringt er grosse Lebenserfahrung, Menschenkenntnis und auch rechtliche Kenntnisse mit. Er hat über lange Jahre in seinem Beruf tiefe Einblicke in verschiedenste soziale Problemstellungen erhalten. Als geschätzter Polizist bringt er nicht nur die nötige Konsequenz für dieses Amt mit, sondern auch die nötige Menschlichkeit. Ich denke, dadurch hat er schon als Polizeibeamter einen derart hohen Vertrauenscredit in der Bevölkerung genossen. Letzter und nicht unwesentlicher Punkt, als Rentner bringt er für dieses aufwändige Amt die nötige Zeit und Flexibilität mit. Ich denke, diese Kommission hat es sehr nötig, dass sie in der Öffentlichkeit Vertrauen geniesst und deshalb ist es wichtig, dass in ihr volksnahe, vertrauenswürdige Persönlichkeiten wie Werner Bachofen sitzen. Ich bitte sie, ihn ehrenvoll in diese Kommission zu wählen.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Es handelt sich hier um eine 5er-Kommission. Bei der 5er-Kommission ist eigentlich auch klar, dass die stärkste Fraktion Anrecht auf zwei Sitze hat. entsprechend schlagen wir ihnen vor: Fabio Telatin und Jakob Auer. Beide haben Erfahrungen in diesem Bereich und könnten einen guten Beitrag in der Arbeit leisten. Wir anerkennen auch den Anspruch der CVP/EVP-Fraktion auf einen Sitz in dieser Kommission und unterstützen demzufolge den Vorschlag Rosmarie Wenk.

Andrea Vonlanthen, SVP: Es wurde vorhin eben erwähnt, wir haben in dieser Kommission zwei Stadträte von Amtes wegen und zu wählen sind drei Parlamentsmitglieder. Ich denke es ist angezeigt, diese drei Sitze an die drei grössten Fraktionen, die einen Sitz beanspruchen zu verteilen. Das ist die mathematische Seite, aber ich betone, gerade bei dieser Kommission hat die mathematische Seite im Prinzip nichts zu suchen. Das war auch jetzt so. Nach Berechnung von Peter Gubser, hätten wir in den letzten vier Jahren eine völlig einseitige Zusammensetzung gehabt. Wir hatten zwei CVP-Vertreter unter den fünf Sitzen und die CVP ist nun mal nur die viertgrösste Partei. Von daher war sie völlig übervertreten. Wir aber haben anerkannt, dass die CVP zwei Persönlichkeiten delegiert hat und wir meinen, das soll auch in den nächsten vier Jahren der Fall sein.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Ich schlage ihnen vor, die Stadträte, die delegiert sind zuerst offen zu wählen, damit wir nachher zur geheimen Wahl der Mitglieder schreiten können.

://: Gewählt sind einstimmig Züllig Hans Ulrich, FDP als Präsident und Brühwiler Konrad, SVP als Vizepräsident der Sozialhilfebehörde für die Legislatur 2011-2015.

://: Gewählt als Mitglieder für die Sozialhilfebehörde sind:

- | | |
|--|-------------------|
| • <u>Auer Jakob, SP-Gewerkschaften-Juso</u> | <u>20 Stimmen</u> |
| • <u>Telatin Fabio, SP-Gewerkschaften-Juso</u> | <u>20 Stimmen</u> |
| • <u>Wenk, Rosmarie, CVP/EVP</u> | <u>27 Stimmen</u> |

Nicht gewählt als Mitglied für die Sozialhilfebehörde ist:

- | | |
|-------------------|------------|
| • Bachofen Werner | 11 Stimmen |
| • Nicht wählbare: | 2 Stimmen |

Ich gratuliere allen Personen inklusive dem Präsidium und Vizepräsidium zur Wahl in diese Kommission mit selbständiger Entscheidungsbefugnis und wünsche viel Befriedigung und Erfolg in der Kommissionsarbeit.

9. Wahl von fünf Mitgliedern der Vormundschaftsbehörde für die Legislaturperiode 2011-2015

Auch hier haben wir dazu vom Stadtrat dieselben Botschaften wie für die Sozialhilfebehörde erhalten. Auch hier delegiert er als Präsident Stadtrat Züllig Hans Ulrich, FDP und als Vizepräsident Brühwiler Konrad, SVP und entsendet Traber Beat, Leiter Vormundschaftsamt mit beratender Stimme.

Von den Fraktionen wurden folgende drei Personen als weitere Mitglieder vorgeschlagen:

- Oehrle Barbara, für die SP-Gewerkschaften-Juso
- Sutter Heer Silke, FDP
- Schneeberger Hannes für die SVP

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Auch bei dieser Kommission handelt es sich um eine 5er-Kommission, bei der eigentlich der Anspruch der SP-Gewerkschaften-Juso-Fraktion zwei Sitze wären. In Anbetracht dessen aber, dass im Vormundschaftsbereich in 1 ½ Jahren wesentliche Änderungen eintreten und die jetzige Vormundschaftskommission nur noch 1 ½ Jahre im Amt ist, verzichten wir da auf den zweiten Sitz und haben nichts einzuwenden, dass da SVP und FDP eine Doppelvertretung haben.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Da hier gleich viele Personen vorgeschlagen sind wie Sitze zur Verfügung stehen, kann diese Behörde offen gewählt werden. Ich schlage ihnen vor, die genannten Personen in globo zu wählen.

://: Züllig Hans Ulrich, FDP und Vizepräsident Brühwiler Konrad, SVP und als Mitglieder Oehrle Barbara, SP-Gewerkschaften-Juso, Sutter Silke, FDP und Schneeberger Hannes, SVP sind mit 29 Stimmen bei einer eigenen Enthaltung für die Kommission der Vormundschaftsbehörde für die Legislaturperiode 2011-2015 gewählt.

Ich gratuliere auch hier den gewählten Personen zu ihrer Wahl in diese Behörde mit selbstständiger Entscheidungsbefugnis und wünsche ihnen viel Befriedigung in diesem Amt.

10. Wahl von fünf Mitgliedern der Rechnungsprüfungskommission für die Legislaturperiode 2011-2015

Es liegen folgende Wahlvorschläge der Fraktionen vor:

- Roth Peter FDP
- Fuchs Roman, FDP
- Eccher Matthias, SP-Gewerkschaften-Juso
- Helfenberger Andreas, CVP
- Strässle Paul, SVP

Wir können offen wählen, die Abstimmung erfolgt in globo.

://: Einstimmig gewählt sind die fünf vorgeschlagenen Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission für die Legislaturperiode 2011-2015.

Diese Kommission konstituiert sich selbst gemäss Art. 51 Abs. 1, also müssen wir kein Präsidium wählen.

11. Wahl der externen Revisionsstelle 2011 und 2012

Zu diesem Traktandum haben sie eine Botschaft des Stadtrates erhalten. Er schlägt ihnen hierfür die Firma BDO AG, St. Gallen vor, die bis anhin die Revisionsstelle der Stadt Arbon war.

://: Gewählt ist einstimmig die Firma BDO AG, St. Gallen als externe Revisionsstelle der Stadt Arbon für die Rechnungsjahre 2011 und 2012.

12. Wahl des Wahlbüros für die Legislatur 2011-2015

Das Wahlbüro besteht gemäss Art. 50 Abs. 1 aus dem Stadtammann als Präsidium, der Stadtschreiberin, sowie 35 gewählten Mitgliedern. Hierzu liegt ihnen der Wahlvorschlag der Fraktionen schriftlich vor. Folgende Stimmberechtigte unserer Gemeinde stellen sich zur Wahl:

- Abegglen Manuel, SP-Gewerkschaften-Juso
- Auer Andrea, SP-Gewerkschaften-Juso
- Bachofen Susanne, SVP
- Baumann Denise, SP-Gewerkschaften-Juso
- Breitenmoser Franz, CVP
- Feuerle Werner, SP-Gewerkschaften-Juso
- Gähler Pascal, FDP
- Gaelli-Campedel Bruna, SP-Gewerkschaften-Juso
- Graf Siegrun, SVP
- Gsell Markus, FDP
- Hartmann Zita, SVP
- Hofer Philipp, CVP
- Hüttenmoser Anton, SVP
- Knoflach Doris, SVP
- Klucker Heinz, SVP
- Köhler Schoch, Regula, EVP
- Lengweiler Petra, SVP
- Major Christina, FDP
- Neuber Monika, CVP
- Rechsteiner Karin, CVP
- Sadiki Islam, SP-Gewerkschaften-Juso
- Schönenberger Désirée, FDP
- Seganfredo François, SP-Gewerkschaften-Juso
- Sonderegger Cäcilia, FDP
- Sonderegger Elisabetha, FDP
- Strauss Marlise, SVP
- Telatin Anita, SP SP-Gewerkschaften-Juso
- Tolja Belma, SP-Gewerkschaften-Juso
- Treier Susanna, EVP
- Vonlanthen Marianne, SVP
- Wäspi Stefanie, SP-Gewerkschaften-Juso
- Wenk Antonia, CVP
- Wiher Martina, FDP
- Yogeswaran Ratheena, SP-Gewerkschaften-Juso
- Zuberbühler Heidi, SP-Gewerkschaften-Juso

Da gleich viele Personen, wie Sitze sind, schlage ich ihnen vor, alle offen in globo zu wählen.

://: Die vorgeschlagenen Personen werden einstimmig gewählt.

Ich wünsche allen Gewählten viel Erfolg und nicht allzu lange Sonntage jeweils.

13. Fragerunde

Es liegen keine schriftlich eingereichten Fragen vor.

14. Verschiedenes

- *Informationen aus dem Stadtrat*

Stadtammann Martin Klöti: Ich beschränke mich auf die Verabschiedung der austretenden Stadträtinnen.

- *Verabschiedung Stadträtinnen*



Mit und für Arbon viel Fahrt aufgenommen!

So sieht ein Stadtrat aus, der nach gemeinsamer, erfolgreicher Tätigkeit die Ziellinie passiert.

In seiner Schlussklausur vom vergangenen Freitag – nach welcher auch dieses Foto gemacht wurde – konnte eine überaus positive Bilanz gezogen werden.

Frei nach Erich Kästners Epigramm: „Die Erinn’rung ist eine mysteriöse Macht. Sie bildet die Menschen um. Wer das, was schön war vergisst, wird böse. Wer das, was schlimm war vergisst, wird dumm.“

Am 6. Mai wurden Heidi Wiher und Veronika Merz im Kreise des Stadtrats und der Stadtschreiberin verabschiedet und beschenkt.

Für Veronika Merz und Heidi Wiher geht ein wesentlicher Lebensabschnitt dem Ende zu. Es war weit mehr, als eine übliche Milizbehördentätigkeit. Wichtige Schritte sind von den beiden Exekutivmitgliedern ausgegangen. Es waren persönlich und fachlich geprägte Beiträge zur Verbesserung unseres Gemeinwesens. Heidi und Veronika sind definitiv auch krisenerprobt.

Die Zusammenarbeit im Stadtrat war immer im Rollenverständnis einer hohen Verantwortung für die Öffentlichkeit und als Teil des Staatswesens auf kommunaler Stufe.

Es gab natürlicherweise Ups and Downs, aber überwiegend viele Perioden mit einem guten Flow und damit einem hohen Output.

In wenigen Stichworten gehe ich auf die Eckpunkte der Tätigkeit unserer scheidenden Stadtratsmitglieder ein:

Heidi Wiher-Egger wurde am 9. Februar 2003 im 1. Wahlgang mit 2'034 Stimmen per 1. Juni 2003 in den Stadtrat gewählt. Sie übernahm das Ressort Soziales. Dieses Ressort hat unter der Leitung von Heidi Wiher-Egger volle Fahrt aufgenommen. Sie wurde dann am 21. Januar 2007 wieder gewählt mit 1'518 Stimmen für die Legislatur 2007-2011.

Was hat denn soviel Fahrt aufgenommen? Das Ressort Soziales ist durch und durch organisiert. Es hat ihre Angebote erweitert, zum Beispiel durch die Freiwillige Sozialberatung, durch das Dock Arbon für ausgesteuerte Personen, für die Kinder- und Jugendarbeit ist sehr viel Herzblut vergossen worden, ein Ausländernetz ist entstanden und und und.

Heidi Wiher-Egger hat definitiv Spuren hinterlassen für unsere Gesellschaft.

Veronika Merz wurde am 23. März 2003 im 2. Wahlgang mit 1'138 Stimmen per 1. Juni 2003 in den Stadtrat gewählt. Sie übernahm das Ressort Kultur und Gesellschaft, heute ist es das Ressort Einwohner und Sicherheit.

Am 1. Dezember 2004 wurde Veronika Merz zur Frau Vizestadtammann gewählt. Interimistisch hatte Veronika Merz einen harten Job. Vom März bis Dezember 2005 hat sie die Stadt souverän geführt. Am 21. Januar 2007 wurde sie wieder gewählt mit 1'386 Stimmen für die Legislatur 2007-2011. Im September 2009 hat sie das Vize-Stadtammann-Amt abgelegt und es ist an Patrick Hug übergegangen.

Ein abermals sehr wichtiger und für Krisen bedeutender Auftrag war die Leitung der Task Force im Bau. Sie konnte den Bau, sozusagen auf der letzten Zielgeraden noch auf guten Kurs bringen.

Veronika Merz war unter anderem noch Präsidentin der Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht, Vertreterin des Stadtrates der Vertragsgemeinde Arbon in der Zivilschutzorganisation der Region Arbon. Sie hatte die Bereichsleitung in der Einbürgerungskommission, sie ist verantwortlich für die Sanierung des Feuerwehrdepots, Neubau des Friedhofgärtnerhauses und jetzt das Reglement SOR, Sicherheit und Ordnung.

Im Namen meiner beiden Kollegen Patrick Hug und Reto Stäheli, des verbleibenden Stadtrats, sicher aber auch im Namen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier und damit symbolisch im Namen der Bevölkerung, spreche ich Veronika Merz und Heidi Wiher-Egger den herzlichen Dank für ihre wertvollen Dienste zum Wohle der Stadt Arbon aus.

Wir freuen uns, dass beide nun entspannt ihrer Wege gehen und sich den vielen persönlichen Interessen zuwenden können. Sicher werden wir uns nicht aus den Augen verlieren.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Im Namen des ganzen Parlaments danke ich den Stadträtinnen Heidi Wiher-Egger und Veronika Merz für die Zusammenarbeit und die riesengrosse Arbeit, die sie beide zum Wohle der Stadt während all den Jahren geleistet haben. Teils war die Arbeit mit dem Parlament für euch sicherlich nicht leicht, da wir ein junges und teils ein sehr kritisches Parlament sind. Der Part des Parlaments, das die Aufsicht über den Stadtrat für die Stimmbürger ausübt, bringt es mit sich, dass nicht immer die gleiche Meinung vorherrscht, wie beim Stadtrat. Beide Gremien, der Stadtrat und das Parlament setzten sich jedoch für das Wohl der Stadt ein, der Standpunkt ist halt teils recht

unterschiedlich. Aber schliesslich konnten immer gute Kompromisse gefunden werden zum Wohle der ganzen Stadt.

Wir wünschen euch beiden für die Zukunft besonders gute Gesundheit und viel Muse, euer „Stadtrats-Rentner-Dasein“ auch wirklich zu geniessen. Damit es auch bei einer Tasse Kaffee noch was zu geniessen gibt, überreiche ich euch hier, im Namen des Parlaments, die nötige Zugabe. Und wer weiss, vielleicht locken ja die Besuchersitze hier im Saal doch ab und zu - und sonst begegnen wir uns sicherlich irgendwo in unserer schönen Stadt der weiten Horizonte.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Liebe Veronika, ich möchte dir recht herzlich danken für den grossen Einsatz, den du in all diesen Jahren für die Stadt geleistet hast. Du warst immer wieder eine Art Feuerwehrfrau, die in Notlagen die Behörde gewissermassen gerettet hat. Du hast dabei auch unangenehme Aufgaben übernommen, du hast diese Aufgaben mit Bravour gelöst. Ich möchte dir herzlich dafür danken. Ich entlasse dich aber nicht ganz in den Ruhestand wie unsere Parlamentspräsidentin, sondern ich zähle weiterhin auf deine Tipps und dein waches Gehen durch Arbon und Hinweise, wo denn und wie denn die Situation für unsere Bevölkerung noch weiter verbessert werden könnte. Besten Dank für deine geleistete Arbeit, besten Dank für deine Unterstützung in der Zukunft.

Ich möchte es nicht unterlassen, auch Heidi Wiher-Egger für ihren Einsatz im Sozialbereich herzlich zu danken. Heidi, du hast oftmals Angriffe ertragen müssen, die oftmals ungerechtfertigt waren. Ich hoffe, du kannst die bald vergessen und Freude haben an dem, was du geleistet hast.

Max Gimmel, FDP: Auch von unserer Seite unser ganz herzlicher Dank für das, was ihr geleistet habt. Der Anfang war wirklich einzigartig und mit sehr vielen ungewohnten Begegnungen und Vorgehen verbunden. Es war nicht einfach, in Arbon sesshaft zu werden, dies vor allem für Heidi Wiher-Egger, die noch nicht lange in Arbon war. Die Zeit damals war auch wirtschaftlich nicht so gut und deshalb sind auch damals die Sozialkosten sehr hoch gewesen. Dann hat langsam aber sicher das Wirken von Heidi Wiher-Egger zu wirken begonnen und die soziale Hilfe hat sich langsam gewandelt, mit dem Resultat, dass sich von diesen acht Budgets, die du zum Teil selber gestalten konntest, (das erste nicht, die andern schon) du fünf davon übertroffen hast, zum Teil bei weitem übertroffen, indem du besser abgeschlossen hast in deinem Ressort als das eigentlich budgetiert war. Du hast aber nicht nur viel besser abgeschlossen, du hast neu aufgebaut in Arbon und vor allem den Präventionsgedanken in den Vordergrund gestellt. Nicht erst reagieren, wenn es zu spät ist sondern präventiv wirken und das war wahrscheinlich das Wichtige, von dem wir heute profitieren können. So steht eigentlich auch Arbon in sozialen Bereichen sehr gut da, auch über die zum Teil sehr schwierigen wirtschaftlichen Zeiten und es freut mich, dass du auch damit etwas Schönes hinterlassen kannst.

Bei Veronika Merz war die Situation vor allem am Anfang, als sie interimweise die Stadt übernehmen musste, wenn man so sagen darf, wirklich sehr schwierig. Das war wirklich für uns alle eine Erfahrung, die wir so nicht vorsehen konnten. Es war etwas ganz Besonderes und ich denke, es hat uns im Parlament sehr stark zusammen geschweisst. So waren sicher die ersten vier Jahre Parlamentsarbeit von einheitlicher Bedeutung, als das, was wir vielleicht nachher ausgelebt haben. In dieser schwierigen Zeit hat uns das zusammengeschweisst und da musstest du der Stadt vorstehen. So auch dir nochmals einen herzlichen Dank und euch beiden alles Gute auf dem weiteren Weg.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich möchte es nicht unterlassen, euch im Namen der SVP-Fraktion, zu danken für euer grosses Engagement für diese Stadt, für eure Leistung auch auf dem Weg in die Zukunft mit dieser Stadt. Wir waren nicht immer gleicher Meinung, ich muss das hier nicht betonen, aber ich möchte betonen, dass es uns in all diesen Diskussionen, und die gehören in den politischen Alltag, gehören in ein Parlament, dass es um die Sache ging. Wir meinen, dass wir eben doch sachliche politische Differenzen haben, möchte aber betonen, dass wir euch in eurer Persönlichkeit geschätzt haben und das wir das weiterhin tun werden, ganz bewusst auch. Wir werden euch als engagierte, als leidenschaftliche Mitkämpferinnen in Erinnerung behalten, als Kolleginnen, aber auch mit denen wir politisch nicht immer einig waren. Als junger Journalist bin ich hier in Arbon Bundesrat Ritschard begegnet und mir ist eine Aussage von ihm geblieben. Er hat damals gesagt, Politiker

müssen sich nicht lieben, aber sie müssen sich ertragen. Wir haben versucht, euch zu ertragen, oft in der Andersartigkeit. Ich hoffe, dass ihr versucht uns zu ertragen und dass wir so uns auch in Zukunft einander begegnen können, in einem grosszügigen, toleranten Ertragen. Noch einmal vielen Dank in diesem Sinn.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, freue ich mich, sie an der nächsten Parlamentssitzung vom Dienstag, 21. Juni 2011 um 18.00 Uhr im Seeparksaal begrüßen zu dürfen. Wie gewöhnlich fangen wir mit der Juni-Sitzung eine Stunde früher an, da die Rechnung zu behandeln ist.

Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, vor allem auch die Schulklasse, Mitglieder des Stadtrates, Vertreter der Medien, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, ich danke ihnen allen für ihre Mitarbeit und ihr Interesse und wünsche allen einen schönen Abend. Dazu steht für alle, auch für die Schulklasse, im Panoramafoyer ein Apéro bereit, um auf eine gute Legislatur anzustossen und einen regen Gedankenaustausch zu pflegen.

Ich erkläre hiermit die 1. Sitzung der Legislaturperiode 2011-2015 für geschlossen.

Schluss der Sitzung: 21.50 Uhr

Die Parlamentspräsidentin:

Die Parlamentssekretärin:

Elisabeth Tobler

Evelyne Jung